

ZH_GERICHTE RU180018 vom 10. April 2018

Zh Gerichte, 2018-04-10, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_gerichte_RU180018

FR: ZH_GERICHTE RU180018 du 10 avril 2018

IT: ZH_GERICHTE RU180018 del 10 aprile 2018

Regeste

Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege Beschwerde gegen ein Urteil der 10. Abteilung des Bezirksgerichtes Zürich vom 10. April 2018 (ED180022)

Erwägungen

E. 1

Sachverhalt und Prozessgeschichte

E. 1.1

Der Gesuchsteller und Beschwerdeführer (nachfolgend: Beschwerdeführer) ist offenbar in zweiter Ehe mit B._____ verheiratet und Vater von sechs Kindern. Die drei jüngsten Kinder des Beschwerdeführers und seiner Ehefrau leben mit ihnen im Haushalt (vgl. act. 1 S. 3 Rz. 6 und 9; act. 3/20 S. 6 Rz. 23).

E. 1.2

Das an das Friedensrichteramt der Kreise ... & ... adressierte Schlichtungs- gesuch des Beschwerdeführers vom 22. März 2018 (vgl. act. 3/20) richtet sich gegen das drittälteste seiner Kinder, C._____, welche mit ihrer Mutter am ... [Ad- resse] wohne, und betrifft den Kinderunterhalt (vgl. act. 3/20 S. 3 Rz. 5 und S. 4 Rz. 11). Der Beschwerdeführer stellte mit Eingabe vom 23. März 2018 (act. 1) beim Einzelgericht des Bezirksgerichts Zürich (nachfolgend: Vorinstanz) ein Ge- such um unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverbeiständung und beantragte, dieses sei ihm für das Schlichtungsverfahren betreffend die Kinderunterhaltsklage zu bewilligen (vgl. act. 1 S. 8 Rz. 17). Gleichzeitig reichte er zu seinem Einkom- men und vereinzelt Bedarfspositionen Unterlagen ein (vgl. act. 1 S. 3 f. Rz. 9 ff. i.V.m. act. 3/3-20).

E. 1.3

Mit Urteil vom 10. April 2018 (act. 5 = act. 10 [Aktenexemplar] = act. 12) wies die Vorinstanz das Gesuch im Wesentlichen mangels Mitwirkung des bereits damals anwaltlich vertretenen Beschwerdeführers in Bezug auf seine Mittellosigkeit ab.

E. 1.4

Dagegen richtet sich die vom Beschwerdeführer mit Eingabe vom 24. April 2018 (Datum Poststempel 30. April 2018) rechtzeitig (vgl. act. 5 i.V.m. act. 6 i.V.m. act. 11 S. 1, Art. 121 i.V.m. Art. 321 Abs. 2 ZPO) erhobene Beschwerde mit den folgenden Anträgen (vgl. act. 11 S. 2): "1. Es sei das Urteil des Bezirksgerichts Zürich vom 10. April 2018 aufzuheben und es sei dem Beschwerdeführer für das Schlich- tungsverfahren die unentgeltliche Prozessführung zu bewilligen und ein unentgeltlicher Rechtsvertreter in der Person des Unter- zeichneten, rückwirkend ab 1. November 2017 zu bestellen.

E. 1.5

Die vorinstanzlichen Akten wurden beigezogen (vgl. act. 1-8). Die Sache ist spruchreif. 2. Prozessuales

E. 2

Eventualiter: Es sei das Urteil des Bezirksgerichts Zürich vom 10. April 2018 aufzuheben und es sei dem Beschwerdeführer für das Schlichtungsverfahren die unentgeltliche Prozessführung zu bewilligen und ein unentgeltlicher Rechtsvertreter in der Person des Unterzeichneten zu bestellen.

E. 2.1

Das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege kann vor oder nach Eintritt der Rechtshängigkeit gestellt werden (vgl. Art. 119 Abs. 1 und Art. 118 Abs. 1 lit. c ZPO). Vor Einreichung der Klage beim Gericht ist das Einzelgericht des in der Hauptsache örtlich zuständigen Bezirksgerichts für Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege zuständig (vgl. § 128 GOG/ZH). Wird vor Rechtshängigkeit der Hauptsache um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege für das Schlichtungsverfahren ersucht, sind grundsätzlich die Mittellosigkeit und die Notwendigkeit einer Verbeiständung zu begründen, in der Regel aber nicht die Nichtaussichtslosigkeit des Schlichtungsverfahrens (vgl. BK ZPO-BÜHLER, Bern 2012, Art. 119 N 82). Zu berücksichtigen ist jedoch namentlich bei verheirateten Gesuchstellern, dass die aus der ehelichen Unterhalts- oder Beistandspflicht fliessende Pflicht zur Bevorschussung der Prozesskosten des anderen Ehegatten der unentgeltlichen Rechtspflege vorgeht. Dies gilt sowohl in eherechtlichen Prozessen als auch in solchen mit Dritten (vgl. BK ZPO-BÜHLER, a.a.O., Vorbemerkungen zu Art. 117-123 N 49 und Art. 117 N 34 je m.w.H.).

Wird die unentgeltliche Rechtspflege ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen, so kann der Entscheid mit Beschwerde angefochten werden (vgl. Art. 121 ZPO).

E. 2.2

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Art. 319 ff. ZPO. Die Beschwerde ist innert der Rechtsmittelfrist schriftlich und begründet bei der Rechtsmittelinanz einzureichen (Art. 321 Abs. 1 ZPO). Das bedeutet, dass einerseits die Beschwerde Anträge zu enthalten hat, welche zu begründen sind, und andererseits in der Begründung darzulegen ist, an welchen Mängeln der angefochtene Entscheid leidet (vgl. ZK ZPO-FREIBURGHAUS/AFHELDT, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. Aufl. 2016, Art. 321 N 14 f.). Daher genügt es nicht, lediglich auf die vor erster Instanz vorgetragenen Vorbringen zu verweisen oder den angefochtenen Entscheid in allgemeiner Weise zu kritisieren (vgl. BGE 138 III 374, E. 4.3.1). Blosser Verweise auf Vorakten sind ungenügend (vgl. BGE 5A_209/2014 vom 2. September 2014 E. 4.2.1; 4A_252/2012 vom 27. September 2012 E. 9.2.1; 5A_438/2012 vom 27. August 2012 E. 2.2 mit Hinweisen).

Soweit der Beschwerdeführer auf seine im vorinstanzlichen Verfahren gemachten Ausführungen und auf das entsprechende Gesuch in der Beilage verweist (vgl. act. 11 S. 3 Rz. 4), kommt er seiner Begründungslast nicht nach. Darauf ist nicht weiter einzugehen.

E. 2.3

Mit der Beschwerde kann die unrichtige Rechtsanwendung und die offensichtlich unrichtige Feststellung des Sachverhaltes geltend gemacht werden (Art. 320 ZPO).

Neue Anträge, neue Tatsachen und neue Beweismittel sind im Beschwerdeverfahren ausgeschlossen (Art. 326 ZPO). Eine Verletzung des rechtlichen Gehörs rechtfertigt jedoch eine Ausnahme davon (vgl. OGer ZH RU130042 vom 10. Juli 2013 E. 2.1). 3. Zur Beschwerde im Einzelnen 3.1.1 Die Vorinstanz begründete die Abweisung des Gesuchs um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege und Bestellung einer unentgeltlichen

- 5 - Rechtsvertretung im Wesentlichen mit der fehlenden Mitwirkung des anwaltlich vertretenen Beschwerdeführers in Bezug auf seine Mittellosigkeit. Die Vorinstanz kam zum Schluss, eine Fristansetzung zur Ergänzung des Gesuches erübrige sich. Nur unbeholfene Rechtssuchende seien auf die Angaben hinzuweisen, welche zur Beurteilung des Gesuchs nötig seien; eine anwaltlich vertretene Partei könne aber nicht als unbeholfen bezeichnet werden (vgl. act. 10 S. 2 E. 1 i.V.m. S. 3 E. 3). Bei dieser Sachlage erübrige sich überdies die Prüfung der Frage der Notwendigkeit einer anwaltlichen Vertretung (vgl. a.a.O., S. 3 E. 4). 3.1.2 Der auch vor Obergericht anwaltlich vertretene Beschwerdeführer bemängelt in erster Linie eine Gehörsverletzung. Die Vorinstanz habe ihn nicht vorgängig auf die Unvollständigkeit seiner Darlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der hierzu eingereichten Unterlagen hingewiesen und es sei ihm keine Gelegenheit gegeben worden, diese zu ergänzen. Damit habe die Vorinstanz ihre gerichtliche Fragepflicht verletzt (vgl. act. 11 S. 6 Rz. 19 f.). Um seinen rechtlichen Standpunkt zu untermauern, verweist er auf zwei unpublizierte Bundesgerichtsentscheide (BGer 4A_116/2011 vom 6. Mai 2011, E. 1.2 und 5A_447/2012 vom 27. August 2012, E. 3.1) sowie auf den Basler Kommentar zur ZPO (Art. 119 N 3). 3.1.3 In beiden erwähnten Entscheiden hält das Bundesgericht explizit fest, dass allenfalls unbeholfene Rechtssuchende darauf hinzuweisen seien, und dem Kommentar ist diesbezüglich nichts anderes zu entnehmen. Inwiefern die von der Vorinstanz angeführte bundesgerichtliche Rechtsprechung aus dem Jahr 2013 (vgl. act. 10 S. 2 E. 1), bestätigt in BGer 5A_536/2016 vom 19. Dezember 2016, E. 4.1.2, wonach eine anwaltlich vertretene Person nicht als unbeholfen gelten kann, überholt sein sollte, ist nicht ersichtlich. Im Übrigen handelte es sich nicht um Unsicherheiten oder Unklarheiten, zu deren Klärung die Vorinstanz dem Beschwerdeführer hätte Frist zur Ergänzung ansetzen müssen. Vielmehr unterliess es der anwaltlich vertretene Beschwerdeführer gänzlich, seine Vermögenssituation und die seiner Ehefrau darzutun. Um die Mittellosigkeit eines Ehegatten zu ermitteln, ist jedoch vom Gesamteinkommen und –vermögen beider Ehegatten auszugehen (vgl. BK ZPO-BÜHLER, a.a.O., Art. 117 N 37 m.w.H.). Denn eine

- 6 - Partei gilt grundsätzlich dann als mittellos, wenn sie die Kosten eines Prozesses nicht aufzubringen vermag, ohne jene Mittel anzugreifen, die für die Deckung des eigenen notwendigen Lebensunterhalts und desjenigen ihrer Familie erforderlich sind (vgl. BGE 141 III 369 ff., E. 4.1 m.w.H.). Es wäre somit am Beschwerdeführer gewesen, vor Vorinstanz namentlich Ausführungen zum Gesamtvermögen zu machen. Dies umso mehr, als aufgrund der dargestellten Einkommenssituation fraglich erscheinen musste, mit welchen Mitteln der Beschwerdeführer seinen eigenen Lebensunterhalt und denjenigen seiner Familie bestreitet (vgl. unten E. 3.2.4). Die Vorinstanz hat ihre gerichtliche Fragepflicht und den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör daher nicht verletzt. Aus demselben Grund bleiben neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel zur Mittellosigkeit im Beschwerdeverfahren unbeachtlich.

Daher bleibt gestützt auf die zulässigen Vorbringen des Beschwerdeführers zu prüfen, ob die Vorinstanz die Voraussetzungen des Anspruchs gestützt auf die im vorinstanzlichen Verfahren aufgestellten Tatsachenbehauptungen und eingereichten Beweismitteln zu Recht als nicht gegeben erachtete. 3.2.1 Aufgrund der erwähnten Subsidiarität der unentgeltlichen Rechtspflege zur ehelichen Unterstützungspflicht hat eine Partei entweder auch um Ausrichtung eines Prozesskostenvorschusses zu ersuchen oder aber darzulegen, weshalb ihrer Ansicht nach auf ein Verfahren auf Zahlung eines Prozesskostenvorschusses verzichtet werden kann, sodass das Gericht diese Auffassung vorfrageweise prüfen kann (vgl. BGer 5A_928/2016 vom 22. Juni 2017 E. 8 mit Verweis auf BGer 5D_83/2015 vom 6. Januar 2016 E. 2.1; BGer 5A_556/2014 vom

E. 3

Subeventualiter: Es sei Urteil des Bezirksgerichts Zürich vom 10. April 2018 aufzuheben und die Sache sei zur Neuurteilung an die Vorinstanz zurückzuweisen.

E. 3.3

Nach dem Gesagten ist der vorinstanzliche Entscheid zu bestätigen und die Beschwerde abzuweisen, soweit darauf einzutreten ist.

E. 4

Kosten- und Entschädigungsfolgen

E. 4.1

Das Beschwerdeverfahren gegen einen Entscheid über die unentgeltliche Rechtspflege ist kostenpflichtig (vgl. BGE 137 III 470 ff., E. 6.5.5). Ausgangsmässig sind die Gerichtskosten dem Beschwerdeführer aufzuerlegen (vgl. Art. 106 Abs. 1 ZPO).

E. 4.2

Der Beschwerdeführer stellt für das Beschwerdeverfahren ein Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege und unentgeltliche Rechtsverteidigung (vgl. art. 11 S. 2). Da sich die Beschwerde sofort als unbegründet erweist, kann die Voraussetzung der fehlenden Aussichtslosigkeit für das Beschwerdeverfahren nicht beachtet werden. Daher sind die übrigen Voraussetzungen nicht mehr zu prüfen. Das Gesuch ist abzuweisen.

E. 4.3

Die Gerichtskosten für das zweitinstanzliche Verfahren sind in Anwendung von § 12 Abs. 1 und 2 GebV OG in Verbindung mit § 9 Abs. 1 GebV OG auf Fr. 300.– festzusetzen und dem Beschwerdeführer aufzuerlegen.

E. 4.4

Da der Beschwerdeführer unterliegt, ist ihm keine Parteientschädigung zuzusprechen.

- 9 - Es wird beschlossen:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.